

01.10.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

30 Jahre „Friedliche Revolution“ – Lehren für Freiheit und Demokratie

I. Ausgangslage

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa war geprägt von der Teilung des Kontinents. Den freiheitlich verfassten Staaten standen nach dem Zweiten Weltkrieg die kommunistischen Regime unter der Vormachtstellung der Sowjetunion gegenüber. In Mittel- und Osteuropa hat es zu allen Zeiten Widerstand gegen die Diktatur gegeben. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR, die blutig niedergeschlagene Revolution in Ungarn sowie der Arbeiteraufstand in Posen 1956 und der gescheiterte Prager Frühling 1968 seien als große Eckdaten genannt. Die polnische Freiheitsbewegung Solidarność, zu Beginn der 1980er-Jahre in Polen, leitete schließlich eine Entwicklung ein, an deren Ende die zumeist friedlichen Revolutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas standen.

Die Friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ist somit Teil der gesamteuropäischen Geschichte. 40 Jahre lang existierte die DDR neben der Bundesrepublik Deutschland (BRD) als zweiter deutscher Staat – getrennt durch bewachte Grenzen und Mauern. Am 2. Mai 1989 begann Ungarn mit dem Abbau der Grenzanlagen zu Österreich. Die damaligen Außenminister von Ungarn und Österreich zerschnitten am 27. Juni 1989 in einem symbolischen Akt den Stacheldrahtzaun an der gemeinsamen Grenze. Unvergessen wird die Ausreise der vielen geflüchteten DDR Bürgerinnen und Bürger sein, die Schutz in der deutschen Botschaft in Prag suchten. Am späten Abend des 30. September 1989 verkündigte Außenminister Hans Dietrich Genscher den Landsleuten aus der DDR die vereinbarte Ausreise.

Derweil gingen die Menschen in vielen Ländern auf die Straße, um für Freiheit und Demokratie einzustehen. Ebenso wie der Protest der Menschen in der DDR, der zur Demokratisierung und zur Wiedervereinigung beitrug und Deutschland veränderte, formten die weitgehend friedlichen Revolutionen Europa neu und sind heute wichtiger Teil der europäischen Identität.

Der 9. Oktober 1989 war der entscheidende Tag des Herbstes 1989 und der Tag an dem sich entschied, dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR diesen Zustand der Teilung friedlich und erfolgreich beenden würden. Schon Monate und Wochen vorher fanden in der DDR Demonstrationen und Montagsgebete mehr und mehr Zulauf. Der friedliche Protest in der DDR hatte

Datum des Originals: 01.10.2019/Ausgegeben: 02.10.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

sich im Sommer und Herbst 1989 über Monate langsam, aber stetig aufgebaut. So versammelten sich auch Woche für Woche immer mehr Menschen auf dem Leipziger Nikolaikirchhof, um nach dem montäglichen Friedensgebet öffentlich gegen das SED-Regime zu protestieren. Der SED-Staat reagierte mit Polizeigewalt und Verhaftungen. Am 9. Oktober demonstrierten trotz großer Ängste mehr als 70 000 Bürgerinnen und Bürger mit den Rufen "Keine Gewalt!" und "Wir sind das Volk!" entlang des Leipziger Innenstadtrings. Tausende sind extra nach Leipzig gereist, um sich anzuschließen. Staatsicherheit und Polizei konnten der Menge nichts mehr entgegensetzen, die Staatsmacht zeigte sich machtlos. Am 9. Oktober 1989 entschied sich, Dank umsichtiger Organisatorinnen und Organisatoren und vieler mutiger Bürgerinnen und Bürger, dass die Diktatur der SED ihrem Ende entgegensah. Der Tag wurde zum Schlüsseldatum für die deutsche und die europäische Geschichte. Das SED-Regime, das sich bis zuletzt grundlegenden Reformen verweigerte, scheiterte an der Sehnsucht der Menschen nach Freiheit. Die Mauer fiel schließlich ganz friedlich, ohne einen Schuss, ohne Blutvergießen. Es war ein Siegeszug der Freiheit.

Die Berliner Mauer wurde am Abend des 9. November 1989 im Zuge der politischen Wende geöffnet. Dies geschah unter dem wachsenden Druck der mehr Freiheit fordernden DDR-Bevölkerung. Die Berliner Mauer war über 28 Jahre das Symbol der deutschen Teilung und des Kalten Krieges. Seit ihrer Errichtung im August 1961 fanden bei dem Versuch, die Mauer zu überwinden, über 200 Menschen den Tod. Sie, die Mauer, hat Familien zerrissen, eine Stadt und ein Land geteilt. Sie stand für die Spaltung Berlins, Deutschlands, Europas und der Welt in einen freien und in einen unfreien Teil. Der Mauerfall ebnete den Weg, der innerhalb eines Jahres zum Zusammenbruch der SED-Diktatur, zur Auflösung der DDR und gleichzeitig zur staatlichen Einheit Deutschlands führte.

Der 9. November 1989, der Tag des Mauerfalls ist zweifelsohne ein freudiges Ereignis. Dem 9. November als Datum gedenken wir aber auch alljährlich zwei Ereignissen, dem schönen des Mauerfalls aber zugleich auch einem der beschämendsten der deutschen Geschichte. Denn die Pogrome dieser Novembernacht des Jahres 1938 markierten den Übergang von der Diskriminierung der Juden zur systematischen Verfolgung, die bald darauf in den Holocaust mündete. Der 9. November ist in mehrerer Hinsicht als Gedenktag Mahnung für den kompromisslosen Eintritt für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

II. Der Landtag beschließt

Der Landtag Nordrhein-Westfalen bedankt sich bei all denen, die den Mut hatten, der bewaffneten Staatsmacht entgegenzutreten, um friedlich für ein freies Leben in einer Demokratie auf die Straße zu gehen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist sich bewusst, dass Demokratie und die Gewährleistung der **Grundrechte** keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern stets verteidigt werden müssen. 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall kommt es darauf an, die Erinnerung an diese Ereignisse erneut wachzurufen, sich dieses Erbe weiter oder ganz neu anzueignen und damit eine politischen Kultur zu befördern, die mit Konflikten konstruktiv umgeht. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass hier erheblicher Handlungsbedarf besteht – sowohl in Ost als auch West.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen verwahrt sich gegen die Vereinnahmung der Losungen und Errungenschaften des Herbstes 1989 unter anderem durch nationalistische, antidemokratische Parteien und Bewegungen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen erklärt, dass die Friedliche Revolution wie die Deutsche Einheit fester Bestandteil deutscher Erinnerungskultur sein muss. Darin einbezogen sind das Gedenken an die Opfer und die Überwindung der SED-Diktatur.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen erklärt, dass 30 Jahre Friedliche Revolution Anlass und Aufforderung sind, die historisch-politische Bildung und die Institutionenlandschaft zu diesem Thema zukunftsfest zu machen und die Erinnerung an die Opfer der zweiten deutschen Diktatur lebendig zu halten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- dem historisch-politischen Unterricht mehr Raum in den Lehrplänen einzuräumen,
- immer noch bestehende Wissensdefizite über die Wesensmerkmale von Diktatur und Demokratien durch innovative pädagogische Konzepte und Vermittlungsstrategien zu beheben und
- an historisch-authentischen Orten und Gedenkstätten im Rahmen der politischen Bildung zu veranschaulichen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Sven Wolf
Elisabeth Müller-Witt

und Fraktion